

Presseamt: Partei- und Kommersbuch zählen

Mit Bangen sieht Bundespresseamtschef Friedhelm Ost einem vom Haushaltsausschuß beim Rechnungshof bestellten Organisationsgutachten entgegen, das diese Woche dem Amt zugehen wird. Insider erwarten tiefe Einschnitte in die wuchernde Presseamtsbürokratie, die längst einen Wasserkopf hochbezahlter Mitarbeiter gebildet hat, deren Leistungsfähigkeit in Zweifel gezogen wird.

Seit der Bonner Wende fanden bereits sechs Organisationsänderungen statt. Dabei wurden regelmäßig Spitzenstellungen vermehrt: Statt vorher einen gibt es jetzt zwei stellvertretende Regierungssprecher; aus vier Abteilungsleitern wurden fünf; während die Zahl der Unterabteilungsleiter gar

von fünf auf neun schnellte. Was die Stimmung im Hause Ost nicht besserte: Die Stellenvermehrung kam keinem Stamm-Mitarbeiter zugute. Seit 1983 wurden neun Externe, allesamt Unionsleute, auf einen der begehrten Unterabteilungs- oder Referatsleiterposten gehievt.

Doch nicht nur das Partei-, auch das Kommersbuch zählt beim presseamtlichen Postengeschlebe. Bevorzugt wurden bei der Einstellung Mitglieder des katholischen Cartellverbandes CV, einer überregionalen Studentenverbindung. So sind der neue Auslandsabteilungsleiter Franz Keil (CDU) wie der Inlandsabteilungsleiter Wolfgang Bergsdorf (CDU und enger Vertrauter Kohls) und dessen Stellvertreter Walter Kordes (CDU)

Cartellbrüder. Keil hat sich jetzt für die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland den CVer Klaus Doberschütz (CDU) ins Amt geholt.

Derweil entgleitet Friedhelm Ost mehr und mehr die Behördenleitung. Während sein Stellvertreter als Behördenchef, Gerhard Liebrecht (FDP), seit langem kaltgestellt ist, regiert im Presseamt insgeheim der ehrgeizige Ministerialdirektor Karl Egbert Mroch (CDU), eigentlich Leiter der Verwaltungsabteilung. Nach außen fiel Mroch bisher auf als spendabler Organisator der Pressebetreuung beim Bonner Wirtschaftsgipfel 1985: Über drei Millionen Mark hat das von ihm inszenierte Pressespektakel gekostet – das Zehnfache des Bonner Gipfels von 1978.



Rosenberg

Schwarz-Sender München

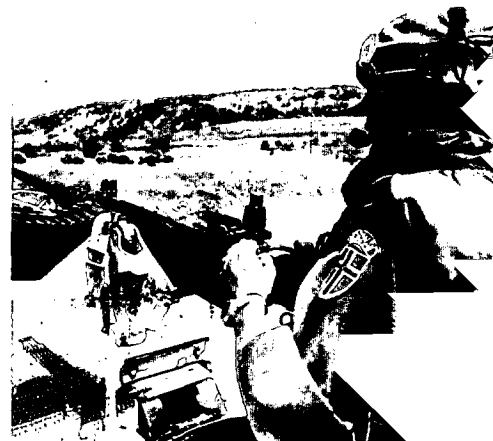
Die CSU, die sich soeben mit dem Ex-Generalsekretär und jetzigen bayrischen Wirtschaftsminister Gerold Tandler einen „außenpolitischen Bevollmächtigten“ zugelegt hat, greift nun auch nach der Auslandsredaktion des Bayerischen Fernsehens, einer der letzten überparteilichen Enklaven des weißblauen ARD-Senders. Zwar wurde die Abteilung nach dem Weggang von Friedrich Schreiber und Dagobert Lindlau einem SPD-Mann unterstellt. Doch dem neuen Leiter der Auslandsredaktion, Franz Stark, bisher „Zeitspiegel“-Chef, wird vom 1. Oktober an ein Aufpasser zugesellt: Godel Rosenberg, der nach zehnjährigem Wirken als CSU-Sprecher nun bei dem Münchner Sender tätig wird.

Teure Ware

Der Verkauf von Lebensmitteln, Textilien und Kosmetika an die DDR ist für westliche Firmen ein lukratives Geschäft. Die Gewinnspanne, so stellte das Ost-Berliner Außenhandelsministerium jetzt in einer internen Untersuchung fest, liegt bei rund 25 Prozent. Noch höheren Profit im Ostblock können Verkäufer von westlichen Konsumgütern nur in Polen erzielen. Dort sind beim Handel mit Schokolade, Jeans oder Zahnpasta sogar mehr als 35 Prozent Netto-Gewinn drin. Bei ihren Einkäufen für die nur gegen Westwährung zugänglichen Intershops sowie für die Exquisit- und Delikat-Läden sind die ostdeutschen Staatskaufleute auch sonst nicht sehr gewieft: Sie ordern häufig zu teure Ware. So erwarben sie unlängst für 80 Millionen Schilling einen größeren Posten der teuersten österreichischen Schokolade. „Für den Preis“, so ein österreichischer Handelsmann, „hätten die ein Drittel mehr von einer anderen guten Marke bekommen.“

Deutsche Blauhelme

In der christliberalen Bonner Koalition und in der SPD-Opposition wächst die Zahl derer, die einen Einsatz von Bundeswehr-Soldaten bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen für möglich halten. Das Kanzleramt will sich daher mit den Sozialdemokraten diskret über eine neue Interpretation des Grundgesetzes verständigen. Die Debatte über die Entsendung deutscher Blauhelme an



Uno-Soldat im Libanon

die Krisenschauplätze der Welt hatten die SPD-Abgeordneten Norbert Gansel und Hermann Scheer mit ihrem Vorschlag entfacht, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke und der frühere Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski widersprachen sofort; sie fürchten – wie Außenminister Hans-Dietrich Genscher – antideutsche Ressentiments. Der CDU/CSU-Teil der Regierung macht Druck: Angesichts der zunehmenden Verständigung der beiden Großmächte über Regionalkonflikte, heißt es im Kanzleramt, werde der Einsatz von Uno-Truppen immer dringlicher. Die Bundesrepublik könne sich da nicht länger abseits halten. Denkbar sei die Entsendung deutscher Soldaten nach Nicaragua. Nach jahrelangen Be-